



## Herausforderungen für das Sicherheitsgewerbe 2014

Von Jens Müller

### 1. Stabiler Sicherheitsmarkt

Die aktuelle Lage des Sicherheitsmarktes und des Sicherheitsgewerbes ist stabil. Mehr als 4.000 Unternehmen haben mit 180.000 Beschäftigten (davon 51.000 in Minijobs) im Jahr 2012 etwa fünf Milliarden Euro Umsatz generiert. Im 1. Quartal 2013 ist der Umsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nochmals um 2,3 Prozent gestiegen – nach einem im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im 4. Quartal 2012 erreichten Zuwachs um 2.1 Prozent. Dabei hat die Zahl der Beschäftigten nur um 0,5 Prozent zugenommen. Umsatzstärkster Einsatzbereich war auch 2012 der Objektschutz (66 Prozent zusammen mit dem Schutz militärischer Anlagen), gefolgt von Geld- und Wertdiensten sowie der Flugverkehrssicherheit (mit je 10 Prozent). Bezogen auf Branchen sind nach einer Untersuchung der Lünendonk GmbH (Whitepaper Security 2013) Banken mit 14 Prozent die stärksten Nachfrager nach Sicherheit, vor der Öffentlichen Hand (13 Prozent). Das Aufgabenspektrum des Sicherheitsgewerbes hat sich in den letzten Jahren deutlich erweitert. Eine Broschüre des BDSW, herausgegeben 2013, führt 111 verschiedene Tätigkeiten in der Sicherheitswirtschaft auf. Große Sicherheitsunternehmen haben für verschiedene Wirtschaftsbranchen Segmente aufgebaut, in denen auf der Grundlage von speziellem Branchenwissen und dem Einsatz branchenspezifischer Sicherheitstechnik Sicherheits- und Serviceleistungen für Unternehmen dieser Branche angeboten werden.

### 2. Perspektiven für 2014

Die Kriminalitätsbelastung – ein erheblicher Einflussfaktor für den Sicherheitsmarkt – ist trotz tendenzieller Rückgänge in

vielen Deliktsbereichen in den letzten Jahren weiterhin sehr hoch. Insbesondere die Zahl der Wohnungseinbrüche ist nach der Polizeilichen Kriminalstatistik 2012 erneut gestiegen, und zwar um 8,7 Prozent. Und auch die Raubkriminalität ist 2012 gestiegen (um 1,4 Prozent). Dabei ist die Aufklärungsquote in beiden Bereichen leicht zurückgegangen. Die Innenministerkonferenz hat daher im Dezember 2013 die Erarbeitung und Fortschreibung von Konzepten zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs gefordert. Die Sicherheitswirtschaft kann durch das Angebot intelligenter Sicherheitstechnik ebenso wie durch Streifen-, Kontroll- und Interventionsleistungen von privaten Sicherheitsunternehmen erheblich zur Bekämpfung dieser Kriminalität beitragen.

Die Nachfrage der Wirtschaft nach Sicherheitstechnik und Sicherheitsdienstleistungen dürfte weiter zunehmen. Die von der Fachzeitschrift WIK 2012/2013 durchgeführte Sicherheitsenquete zum Unternehmensschutz zeigt, dass nach der Überzeugung von 280 befragten Sicherheitsexperten 2013 in mehr als der Hälfte der Unternehmen mehr Geld für die Sicherheit ausgegeben wird als im Vorjahr, und auch für 2014 fast 47 Prozent der Unternehmen Ausgabenerhöhungen vorsehen. 31 Prozent des Sicherheitsbudgets wird für fremde Dienstleistungen, also in der Regel für Sicherheitsdienstleistungen, aufgewendet. Fast alle befragten Experten aus der Unternehmenssicherheit (92,4 Prozent) bekunden, dass bestimmte Sicherheitsdienstleistungen extern vergeben werden, und keiner will künftig darauf verzichten. Einige der befragten Unternehmen werden die Vergabe sogar erweitern (je nach Funktionsbereich zwischen 4,8 und 8,6 Prozent).

JENS MÜLLER ist COO und Mitglied der Geschäftsführung Securitas Deutschland Finanz Holding GmbH sowie Vorsitzender der Landesgruppe Hamburg im BDSW.

### 3. Herausforderungen 2014

Gleichwohl warten auf das Sicherheitsgewerbe 2014 Herausforderungen, die gemeistert werden müssen, damit die positiven Perspektiven für den Sicherheitsmarkt nicht von negativen Entwicklungen überlagert werden.

#### a) Beseitigung des Tarifdschungels

Die Tariflohnstruktur ist zu unübersichtlich. Es gibt bundesweit ca. 350 Lohngruppen. Die Unübersichtlichkeit führt zu Manipulationsmöglichkeiten. Dieser Tarifdschudel muss beseitigt werden.

#### b) Bewältigung des Fachkräftemangels

Aufgrund der demographischen Entwicklung, aber auch der auch für 2014 günstig beurteilten wirtschaftlichen Konjunktur in Deutschland, wird es immer schwieriger werden, geeignete junge Bewerber für die Tätigkeit im Sicherheitsgewerbe auf dem Arbeitsmarkt zu gewinnen. Wenn sich diese Tendenz verstärkt, werden Sicherheitsunternehmen geeignete Kräfte aus europäischen Staaten mit hoher Arbeitslosigkeit auf Basis des derzeit noch nachwirkenden Mindestlohns anwerben. Ob aus Bulgarien und Rumänien nach Inkrafttreten der Arbeitnehmerfreizügigkeit seit Beginn des Jahres 2014 geeignete Bewerber in größerer Zahl einen Arbeitsplatz im Sicherheitsgewerbe suchen werden,

muss abgewartet werden. Die Gefahr der Bezahlung von Dumpinglöhnen liegt hier besonders nahe.

#### c) Qualifizierungsoffensive muss verstärkt werden

Trotz der seit mehr als zehn Jahren insbesondere vom BDSW angetriebenen Qualifizierungsoffensive, die zur Einführung der Ausbildungsberufe Fachkraft und Servicekraft für Schutz und Sicherheit sowie zum Fachhochschulstudium Sicherheitsmanagement geführt hat, muss diese Offensive weiter verstärkt werden. Die bevorstehende Zertifizierungsmöglichkeit nach den Vorgaben der IMK wird an die Qualifikation von Sicherheitsunternehmen und Beschäftigten höhere Anforderungen stellen. Auch die Aussicht auf mehr Aufträge von Großkunden aus der Wirtschaft wird die Qualifizierung von Managern und Mitarbeitern im Sicherheitsgewerbe vorantreiben. Die Zahl der bisher als Fachkraft und als Servicekraft für Schutz und Sicherheit ausgebildeten Beschäftigten ist noch zu gering, die Zahl derer, die die Ausbildung abbrechen oder die Abschlussprüfung nicht bestehen, zu hoch. Es ist vor allem Aufgabe des BDSW und der ausbildenden Unternehmen, erkannte Schwächen möglichst zu beseitigen. Auch die Zahl der in Sicherheitsunternehmen tätigen Manager mit einem Bachelorabschluss eines Studiums Sicherheitsmanagement an einer Fachhochschule muss sich nachhaltig erhöhen.

#### d) Notwendigkeit der Spezialisierung auf branchenspezifische Unternehmenssicherheit

Das höchste Marktpotential für Sicherheitsunternehmen liegt in der Übernahme anspruchsvoller Funktionen der Unternehmenssicherheit. Bei einer Spezialisierung auf branchenspezifische Unternehmenssicherheit muss das Verständnis der Geschäftsprozesse und Betriebsabläufe in der Branche Teil der Fach- und Beratungskompetenz des



Sicherheitsdienstleisters sein. Das erfordert Kenntnis und Schwachstellenanalyse komplexer betrieblicher Infrastrukturen.

#### e) Statt Lieferung von Einsatzstunden Entwicklung von Lösungskonzeptionen

Die noch immer übliche Beschränkung der Auftragsvergabe auf die Ausschreibung einer bestimmten Anzahl an Einsatzstunden nimmt den an dem Auftrag interessierten Sicherheitsunternehmen die Möglichkeit, intelligente Lösungen für den Sicherheitsbedarf des Ausschreibenden zu entwickeln, die effizienteste und kostengünstigste Kombination von Sicherheitstechnik und personellen Dienstleistungen anzubieten. Dies liegt sowohl im Interesse des Ausschreibenden wie der interessierten Sicherheitsunternehmen. Im Dialog mit der ausschreibenden Stelle und über zugelassene Nebenangebote muss versucht werden, solche intelligenten Lösungsangebote zu entwickeln und anzubieten. Voraussetzung für das Angebot ganzheitlicher Lösungen ist

- eine Verstärkung der Beratungs- und Konzeptionierungskompetenz
- die Beherrschung modernster Sicherheitstechnik. Experten für spezifische Sicherheitstechniken wie Gefahrenmeldetechnik, Videoüberwachungstechnik (einschließlich intelligenter Bildanalyse) und RFID müssen verstärkt eingestellt oder ausgebildet werden. Die Sicherheitstechnik muss entweder vom Sicherheitsunternehmen selbst beschafft oder durch eine strategische Partnerschaft mit sicherheitstechnischen Unternehmen bereitgestellt werden. Bei einer Befragung 2010 durch Lüdendonk haben die Geschäftsführer von Unternehmen die Prognose „In einigen Jahren werden Unternehmen, die integrierte Serviceleistungen anbieten, den Markt dominieren“, sehr hoch bewertet.

#### f) Zertifizierungsmöglichkeit als Qualitätskriterium

Seit 2009 fordert die IMK, die seither erstmals das Sicherheitsgewerbe als Teil der Architektur der Inneren Sicherheit anerkennt, die Möglichkeit einer verbindlichen Zertifizierung als Voraussetzung für die Übernahme von anspruchsvollen Aufgaben, die im besonderen Interesse der öffentlichen Sicherheit liegen, vor allem dem Schutz kritischer Infrastrukturen dienen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Polizei bedingen. Der Einführung des Zertifizierungsverfahrens ist die IMK mit einem Beschluss in der Herbsttagung im Dezember 2013 endlich einen Schritt näher gekommen. Die IMK

- hält es für erforderlich, die Anforderungen an Unternehmen im privaten Sicherheitsgewerbe durch Änderungen im Gewerberecht zu erhöhen
- ist der Auffassung, dass eine im Sinne der IMK überarbeitete DIN-Norm 77200 grundsätzlich die Grundlage einer qualitätssichernden Zertifizierung bilden kann und der von einer Projektgruppe der IMK entwickelte Kriterienkatalog bei der Überarbeitung dieser Norm zu berücksichtigen ist
- spricht sich dafür aus, dass Bund und Länder bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge an private Sicherheitsdienste die Möglichkeit prüfen, qualitätssichernde Standards als Voraussetzung bzw. vorteilhaft zu berücksichtigendes Kriterium einer Auftragsvergabe in die Leistungsbeschreibung aufnehmen.

Die Wachhäuschen bleiben immer häufiger leer, denn der Sicherheitswirtschaft fehlt es an Personal. Bild: Thomas Max Müller / pixelio.de



Die Aussichten der Sicherheitsbranche...

Kritisch ist anzumerken, dass die IMK offenbar keine gesetzliche Verankerung der als verbindlich geforderten Zertifizierung wünscht. Damit bleibt unklar, wie erreicht werden kann, dass bei Ausschreibungen von Aufträgen, die auch der öffentlichen Sicherheit und insbesondere dem Schutz kritischer Infrastrukturen dienen, durch Privatunternehmen und Kommunen die Zertifizierung des Auftragnehmers als verbindliche Vergabevoraussetzung durchgesetzt werden kann.

#### g) Forderungen an die Politik

Das Sicherheitsgewerbe wird künftige Herausforderungen, die sich aus dem Fachkräftemangel, aus dem Markt, aus der fortschreitenden Entwicklung der Sicherheitstechnik und aus steigenden Anforderungen der Auftraggeber ergeben, nur wirksam bewältigen können, wenn eine Reihe von politischen Forderungen auf lange Sicht erfüllt werden. Hervorzuheben sind

- eine deutliche Erhöhung der Einstiegsbarriere zum Sicherheitsgewerbe über den erwähnten IMK-Beschluss hinaus: Wer ein Sicherheitsunternehmen führen möchte, sollte mindestens die Prüfung als Fachkraft für Schutz und Sicherheit, Werkschutzmeister, den erfolgreichen Abschluss eines Studiums der Wirtschaftswissenschaften, der Rechtswissenschaften oder des Sicherheitsmanagements nachweisen bzw. über vergleichbare Berufserfahrung verfügen. Um die Nachhaltigkeit der Unternehmensgründung zu gewährleisten, sollte der Antragsteller die Unterhaltung eines Betriebszentrums vorweisen, das den „Betrieb eines ordentlichen Kaufmanns“ ermöglicht und die Existenz ausreichender Arbeitsräume, die den Vorschriften des Arbeitsschutzes und des Brand-schutzes genügen.

- die verbindliche Unterrichtung des Sicherheitsunternehmens über das Ergebnis der Prüfung der Zuverlässigkeit von Bewerbern für eine Beschäftigung im Unternehmen durch die zuständige Behörde, damit er darauf rechtzeitig eventuell durch Kündigung reagieren kann.
- eine gesetzliche Verankerung der Zertifizierung als Voraussetzung für die Übernahme anspruchsvoller Aufgaben, die als Berufsausübungsregelung keine Verletzung der grundrechtlich geschützten Berufsfreiheit darstellt.
- der Übergang der Geschäftszuständigkeit für das Sicherheitsgewerbe als Teil der Architektur der Inneren Sicherheit von den Wirtschaftsministern auf die Innenminister in Bund und Ländern. Das entspräche der Rechtslage in fast allen EU-Staaten, in denen die Aufsicht über das Sicherheitsgewerbe beim Innenminister oder beim Justizminister angesiedelt ist. So wichtig auch die Zielorientierung auf die in erster Linie von den Wirtschaftsministerien „gehütete“ Berufsfreiheit ist, sie muss ergänzt werden durch das Ziel der Erhaltung eines zuverlässigen, qualifizierten, effizienten Sicherheitsgewerbes, das private Sicherheit schafft und damit auch der öffentlichen Sicherheit dient. Dieses politische Ziel fällt eindeutig in die Kompetenz der Innenminister. ■